



VELBERT
anders

Stellungnahme der Fraktion „VELBERT anders“ zum Haushaltsplan der Stadt Velbert für die Jahre 2015/2016

Vorgetragen vom Fraktionsvorsitzenden August-Friedrich Tonscheid
in der Ratssitzung am 28. April 2015

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger,
werte Kolleginnen und Kollegen des Rates,
sehr geehrter Herr Bürgermeister,

ich möchte meine Haushaltsrede mit einer Frage beginnen.

Sind wir nicht auch ein klein wenig wie Griechenland?

Diese Frage stellt sich mir unweigerlich, wenn ich auf die Finanzlage der Stadt Velbert in den letzten Jahren blicke. Das Geld hat nie gereicht. Das Eigenkapital wurde Stück für Stück aufgezehrt. Und die Belastungen, die auf unsere Stadt künftig noch zukommen und die unabwendbar sind, werden immer größer.

Seit über 20 Jahren reden Landespolitiker über eine dringend notwendige Novellierung der Gemeindefinanzen. Passiert ist bis auf Flickschusterei wenig, obwohl die dramatischen finanziellen Auswirkungen in fast allen Städten der Landesregierung und auch dem Bund hinlänglich bekannt sind.

Bundes- und Landespolitiker scheinen allerdings der Meinung zu sein, dass die Leidensfähigkeit der Kommunen noch immer nicht erschöpft ist. Denn bei all den positiven Verlautbarungen über sprudelnde Steuereinnahmen wird bei der Finanzausstattung für die Kommunen allenfalls über Almosen nachgedacht. Diese sind nicht dazu angetan, die Finanzsituation der Städte bei gleichzeitig steigenden Anforderungen nachhaltig zu verbessern.

Im Grunde müssten schon heute mehrere Städte in NRW ihren finanziellen Knock-out verkünden. Sie sind überschuldet und schieben teils astronomische Kassenkredite im Milliardenbereich vor sich her. Aus eigener Kraft werden diese Städte - die Nachbarstadt Essen sei hier beispielhaft genannt - die angehäuften Schuldenberge nie und nimmer abtragen können. Nur „kosmetische Veränderungen“ führen letztlich dazu, dass diese Problemstädte ihre Handlungsunfähigkeit noch nicht öffentlich erklären müssen. Und die Lösung ihrer Probleme immer weiter in die Zukunft - auf nachfolgende Generationen - verschieben können. Die von der Landesregierung auf zehn Jahre erweiterte Frist für die Erreichung eines ausgeglichenen Haushalts ist hier das Paradebeispiel.

Meine eingangs gestellte Frage möchte ich so beantworten: Nein, die NRW-Kommunen in ihrer Gesamtheit sind noch nicht wie Griechenland. Aber sie arbeiten daran und sind auf dem besten Weg dorthin, weil Bund und Land sie am langen Arm verhungern lassen. Es ist dringend erforderlich, den Kommunen wieder Luft zum Atmen zu geben. Mit anderen Worten:

Eine Gemeindefinanzreform muss zwingend her - und zwar schnellstmöglich.

Mit der freiwilligen Teilnahme am Stärkungspakt Stadtfinanzen (Leitsatz der Landesregierung: Die Kranken helfen den Schwerkranken) haben die Verantwortlichen in unserer Stadt, ich spreche von Vertretern des Rates und der Verwaltung, einen Strohalm ergriffen. Sie haben bewiesen, dass sie nicht bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag warten wollen, bis sich endlich eine Lösung für ihre nur zum Teil hausgemachten Finanzprobleme abzeichnet. Sie sind im Rahmen ihrer begrenzten Möglichkeiten einmal mehr selbst aktiv geworden, um ihre Situation zu verbessern.

Gleiches gilt für den vorliegenden Doppelhaushalt für die Jahre 2015 und 2016, auf den ich nun eingehen möchte. Um Ihre Aufmerksamkeit nicht zu sehr zu strapazieren, werde ich mich auf die Kommentierung einiger Eckpunkte und Besonderheiten beschränken.

Sehr bald, nachdem Ende 2014 feststand, dass es einen seriösen Haushalt 2015 nicht geben wird - da wieder einmal durch unvorhersehbare und im Vorhinein nicht kalkulierbare Änderungen der von der Aufsicht geforderte Haushaltsausgleich bis zum Jahr 2016 nicht erreichbar war - und wir damit auf dem harten Boden der Realität angekommen waren, sind wir auf andere Fraktionen zugegangen. Dies mit dem Ziel, gemeinsam einen Doppelhaushalt für die Jahre 2015 und 2016 zu planen, der am Ende in Einnahmen und Ausgaben auch tatsächlich ausgeglichen ist.

Schnell war klar, dass CDU und SPD auch an einer solchen Lösung interessiert waren. Wir haben uns dann in einem Sondierungsgespräch ausgetauscht und sind zu dem Ergebnis gekommen, es gemeinsam zu versuchen. Allen im Rat vertretenen Fraktionen wurde zum Start dieser Arbeit das Angebot unterbreitet, sich zu beteiligen.

Mit dem nun vorliegenden Haushaltsentwurf halten Sie das Ergebnis dieser Gemeinschaftsarbeit - im Zusammenspiel mit der Verwaltung - in Händen. Es trägt die Handschrift aller daran beteiligten Fraktionen.

Wichtig war von Anfang an, eine weitere Belastung der Bürgerinnen und Bürger, etwa durch eine Erhöhung der Grundsteuer B, wenn eben möglich zu vermeiden. Das ist gelungen und kann bei näherer Betrachtung, auch der umliegenden Städte, als Erfolg gelten.

Natürlich müssen in diesem und in den nächsten Jahren Einsparpotenziale gehoben werden. Dies ist - so meine ich - mit den jetzt vereinbarten Maßnahmen in verträglicher Art und Weise gelungen. Von Anfang an war klar, dass es Widerspruch geben würde. Seien wir ehrlich: In der Regel ist es doch immer so, dass die Betroffenen einer geplanten Kürzung von Zuschüssen oder der Erhebung von Beiträgen kritisch gegenüberstehen.

Gestatten Sie mir hierzu einige Beispiele:

*Die Kunst- und Musikschule ist ein Aushängeschild unserer Stadt.
Das soll sie nach Meinung von „VELBERT anders“ auch bleiben!*

Die Musik und Kunstschule verfolgt das Ziel, qualitativ hochwertigen Unterricht in einem sehr breit gefächerten Inhaltsspektrum zu vermitteln. Absolventen der Schule erringen regelmäßig Bundes- und Landespreise bei Musikwettbewerben. Einige spielen als Profis in renommierten europäischen Orchestern. Aufgrund ihrer langjährigen erfolgreichen Tätigkeit ist die Musik und Kunstschule eine über die Grenzen der Stadt Velbert hinaus bekannte Institution. Der Unterricht wird in hoher Qualität ausschließlich von hauptamtlichen Lehrern angeboten.

Eine Tatsache ist, dass gute Arbeit (meist) nicht umsonst zu haben ist. Fakt ist aber auch, dass die Bezuschussung unserer Einrichtung landesweit die mit weitem Abstand Höchste ist. Die Gemeindeprüfungsanstalt des Landes NRW hat im Rahmen einer Überprüfung der Musik und Kunstschule im Jahr 2013 festgestellt, dass diese - verglichen mit anderen Musikschulen großer kreisangehöriger Kommunen - einen außergewöhnlich hohen Zuschussbedarf aufweist.

Konkret: Im Jahr 2013 sind aus dem städtischen Haushalt deutlich über 2 Mio. Euro für die Deckung der Personal- und Sachkosten zur Verfügung gestellt worden. Diesen hohen, in den letzten Jahren zudem extrem gestiegenen Zuschussbedarf konnten wir angesichts der finanziellen Gesamtsituation bei den Haushaltsberatungen nicht außer Acht lassen.

Mit den nun angedachten Maßnahmen streben wir eine Optimierung des Betriebs der Musik- und Kunstschule bei möglichst geringer Einschränkung des jetzigen Angebotes an. Zusammenfassend lässt sich durchaus sagen, dass die Maßnahmen - auch mit Blick auf den hohen Stellenwert der Einrichtung - bewusst moderat ausgefallen sind. Damit kann es gelingen, den Standard nahezu auf dem bisherigen Niveau zu halten und trotzdem nicht unerhebliche Gelder einzusparen.

Andere städtische Einrichtungen werden gegenwärtig von der Verwaltung auf Einsparmöglichkeiten hin durchleuchtet. Auch sie sollen in den nächsten Haushaltsjahren ihren Beitrag zur Konsolidierung der städtischen Finanzen leisten.

Ein Beispiel: Bislang stehen städtische Räumlichkeiten vielfach kostenfrei zur Verfügung. Dass die Stadt von den Nutzern zumindest die entstandenen Betriebskosten etwa für Strom und Heizung ersetzt bekommt, sollte eigentlich selbstverständlich sein.

Durchaus legitim ist es auch darüber nachzudenken, Aufgaben, die in der Vergangenheit von der Stadt an freie Träger übertragen worden sind, ganz oder teilweise in Fachabteilungen der Verwaltung zurückzuholen. Dies macht immer dann Sinn, wenn hierdurch Kosten reduziert werden können, ohne die Leistungen zu beschneiden.

Insgesamt ist der Haushaltssicherungsplan um ca. 40 Positionen aufgestockt worden, um im Jahr 2016 einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

der vorliegende Haushaltsplanentwurf für die Jahre 2015 und 2016 ist nicht ohne Risiken! Dies möchte ich an dieser Stelle auch klar und deutlich ansprechen. Betroffen sind sowohl Einnahmen als auch Ausgaben.

*Explodierende Sozialkosten
Bund und Land werden ihrer Verantwortung nicht gerecht.*

Ein großes finanzielles Risiko, das von der Stadt zudem überhaupt nicht zu steuern ist, verbirgt sich im sozialen Bereich - beispielsweise bei den in den letzten Jahren explosionsartig gestiegenen Kosten für die Unterbringung, Gesundheitsversorgung und Integration von Flüchtlingen und Asylanten.

Ich denke, es besteht hier in dieser Runde Konsens, dass Flüchtlingen aus Kriegsregionen geholfen werden muss. Und auch Asylbewerber aus anderen Regionen, die in ihrem Heimatland um ihr Leben fürchten müssen, sollte Hilfe zuteilwerden.

Kosten für Flüchtlinge und Asylbewerber laufen aus dem Ruder

Absolut nicht in Ordnung ist allerdings die Entwicklung und Verteilung der Kosten für diese Hilfe. Ein Vergleich der Zahlen aus den Jahren 2010 und 2014 mag dies verdeutlichen:

Im Jahr 2010 mussten aus der Stadtkasse für sämtliche Leistungen, die das Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) vorsieht - dazu zählen Hilfen zum Lebensunterhalt, die Unterbringung und die Versorgung der Asylbewerber im Krankheitsfall - 515.819 Euro gezahlt werden. Für den gleichen Zeitraum betrug die Zuweisung des Landes NRW nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz (FlüAG) insgesamt 142.217 Euro. Dies entsprach einem Kostendeckungsgrad von 27,6 %. Die Stadt blieb damit im Jahr 2010 auf ungedeckten Kosten in Höhe von 373.602 Euro sitzen.

Im Jahr 2014 waren für vergleichbare Leistungen bereits 2.391.828 Euro aufzuwenden. Eine Ausgabensteigerung um über 360 % innerhalb von nur vier Jahren. Das Land NRW hat von den im vergangenen Jahr entstandenen Kosten 490.935 Euro übernommen, ein Kostendeckungsgrad von nur noch 20,5 %. Bei der Stadt verblieb somit ein Fehlbetrag in Höhe von 1.900.893 Euro. Eine Vergrößerung des Defizits innerhalb von vier Jahren um 509 %.

Steigen die Zahlen in den Haushaltsjahren 2015 und 2016 weiter an, wovon auszugehen ist, werden wir uns sehr schnell Defiziten im Bereich von 3 bis 4 Mio. Euro pro Jahr nähern.

Die aufgezeigte Entwicklung macht klar: Hier ist eine sofortige und möglichst vollständige Übernahme der Kosten durch die Verursacher, also durch Bund und Land angesagt!

Ähnlich sieht dies der Städte- und Gemeindebund NRW (StGB NRW). Dr. Bernd Jürgen Schneider, Hauptgeschäftsführer dieser wichtigen kommunalen Einrichtung, erklärte am 21. April 2015 im Rahmen einer Pressemitteilung:

Die drastische Zunahme bei Asylsuchenden ... erweist sich als zentrale Herausforderung an Städte und Gemeinden.

Und weiter: Äußerungen von Bundes- und Landespolitikern, dass Deutschland noch mehr Flüchtlinge aufnehmen oder länger hier Lebenden einen legalen Aufenthaltsstatus gewähren könne, erteilte Dr. Schneider eine Absage. Stattdessen forderte er eine schnelle und massive Ausweitung der Plätze in Landeseinrichtungen, dauerhaft mehr Geld von Bund und Land, eine Beschleunigung der Asylverfahren und eine rasche Rückführung abgelehnter Asylsuchender. Gerade Letzteres wird in NRW vernachlässigt. Auch für die extrem hohen Krankheitskosten der Asylbewerber und für die Kosten der abgelehnten, aber geduldeten Asylbewerber sieht er das Land in der Pflicht.

Der Hinweis von Dr. Bernd Jürgen Schneider, dass

die wirtschaftlichen Probleme der ganzen Welt ... nicht mit kommunalen Finanzmitteln gelöst werden (können),

bringt die Problematik auch für Velbert treffend auf den Punkt. Ansonsten - so Dr. Schneider weiter - seien die Städte gezwungen, die Lebensqualität ihrer Bürgerinnen und Bürger durch weitere Einsparungen extrem zu verschlechtern.

Sparmaßnahmen also, von denen ich eben einige aufgezeigt habe, oder sogar die Schließung ganzer Einrichtungen auf der einen Seite. Unkalkulierbare und vor allem nicht beeinflussbare Kostensteigerungen auf der anderen Seite.

Dieses „Spiel“ der finanziellen Belastung der Kommunen durch Bund und Land frei nach dem Motto „den Letzten beißen die Hunde“ können die Städte auf Dauer nicht durchhalten.

Ein anderes Thema ist der offenkundig nie endende Aufbau-Ost, für den die Stadt Velbert in den vergangenen Jahrzehnten mehr als 70 Mio. Euro aufbringen musste. Ende offen! Auch diese enorme Belastung ist mitursächlich für den Liquiditätsengpass in unserer Stadt.

Ob die kalkulierten Steuereinnahmen und Schlüsselzuweisungen tatsächlich verbucht werden können, ist bei Haushaltsplanungen bekanntermaßen nie ganz sicher. Momentan gehe ich davon aus, dass die Ansätze im vorliegenden Haushalt einigermaßen realistisch sind. Die demnächst vorliegende neue Steuerschätzung wird hierüber mehr Aufschluss geben.

Unabhängig davon werfen weitere große Herausforderungen ihre Schatten voraus.

Klinikum Niederberg

Wie schon der Presse zu entnehmen war, gibt es einen erheblichen Sanierungsstau. Und neuerdings auch ein Problem mit Schadstoffen (Asbest). Im schlimmsten Fall erwartet uns eine immense Investition, um die wohnortnahe Versorgung der Heiligenhauser und Velberter Bevölkerung im Krankheitsfall sicherzustellen. Egal, welche Lösung in nächster Zeit in den Blickpunkt rückt. Vor uns steht eine Mammutaufgabe, die nicht nur viel Geld, sondern auch viel Kraft und Weitsicht erfordern wird.

Aktivierung der Innenstädte

Eine weitere Großbaustelle ist die Aktivierung der drei Innenstädte. Ich hoffe, dass mit Hilfe von Mitteln aus der Städtebauförderung die Ortsmittelpunkte an Attraktivität gewinnen werden und Kaufkraft in Velbert verbleibt.

Bürgerhaus Langenberg / Schloss Hardenberg

Auch das Langenberger Bürgerhaus und Schloss Hardenberg stehen in den nächsten Jahren noch im Fokus. Die Bauarbeiten im und am Bürgerhaus Langenberg dürften zwar im Herbst planmäßig abgeschlossen sein. Damit steht der Wiedereröffnung nach rund zehn Jahren am 14. Januar 2016 nichts mehr im Wege. Hinsichtlich der künftigen Nutzung dieser Veranstaltungsstätte gibt es aber momentan noch viele Fragezeichen. Beim Schloss Hardenberg ist momentan überhaupt noch nicht absehbar, wann hier wieder Leben einziehen wird.

Schulsituation

Last, but not least, möchte ich an dieser Stelle noch einmal die Schulpolitik in unserer Stadt ansprechen. Die momentane Situation kann ich nur als Scherbenhaufen beschreiben. Und eine Lösung der vertrackten Situation ist nicht in Sicht. Warnen möchte ich vor dem erneuten Versuch, wieder Lösungen verabschieden zu wollen, ohne die Beteiligten ausreichend „mitzunehmen“. Alle Beteiligten sollten sich bei der künftigen Lösungssuche zudem der Erkenntnisse und Gutachten externer Know-how-Träger bedienen. Ich verweise auf das Institut für Schulentwicklungsforschung (IPS) der technischen Uni Dortmund oder das Institut für Erziehungswissenschaft der Friedrich-Schiller-Universität in Jena, ferner auf die Bertelsmann-Stiftung. Benötigt wird eine Lösung, die nicht den Ideologen und Lobbyisten, sondern einzig und allein unseren Kindern gerecht wird.

Werte Kolleginnen und Kollegen,

die Zeiten für die Kommunen werden nicht besser. Dies zeigt auch die aktuelle Haushaltsumfrage des Städte- und Gemeindebundes NRW, nach der sich die strukturelle Unterfinanzierung der NRW-Kommunen noch verschärft hat. Daher gilt es nach meiner Überzeugung mehr denn je, eine breite Zustimmung für wichtige Entwicklungen in unserer Stadt zu finden.

Wer ständig Nein sagt und die Übernahme von Verantwortung ablehnt, ist für die Weiterentwicklung der Stadt ein Bremsklotz. Obwohl es beim Buhlen um Wählerstimmen vielleicht verführerisch sein mag. Zielführend ist dies allerdings nicht.

Die in den letzten Wochen und Monaten von der Verwaltung angeschobenen Entwicklungen (zum Beispiel durch die Erarbeitung eines integrierten Handlungskonzeptes für die Innenstadtentwicklung in Velbert-Mitte oder die fachliche Begleitung bei der Aufstellung des Regionalplans) hat unsere Fraktion sehr positiv zur Kenntnis genommen. Wir wollen an dieser Stelle allen städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die uns diese Thematik näher gebracht haben, danken.

Ebenso gebührt unser herzlicher Dank dem Team der Kämmerei, das es dieses Mal noch schwerer hatte als in den Vorjahren.

Ihnen allen im Raum danke ich für Ihre Aufmerksamkeit.

August Friedrich Tonscheid
Velbert, 28. April 2015